



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 12. April 2019

Band 13, Ausgabe 8

Themen

- **Klima**
- **Verkehr**
- **Wahlrecht**

„Eigenverantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten und Soziale Marktwirtschaft sind Grundvoraussetzung für ein solide handelndes Europa. Denn: Was verteilt wird, muss vorher erwirtschaftet werden. Das vergessen die Sozialisten gerne immer wieder!“

(Michael Grosse-Bröhmer, erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsbundestagsfraktion)

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| <i>Fahrverbote sind keine sinnvolle Lösung</i> | 2 |
| <i>Brexitchaos aufgeschoben</i> | 2 |
| <i>Wahlrechtsreform schwierig</i> | 3 |
| <i>Enteignung ist keine Lösung</i> | 3 |
| <i>ElterngeldPlus war wichtige Entscheidung</i> | 3 |
| <i>Fairer Handel ohne Selbstzerstörung</i> | 4 |

Klimaschutz mit Augenmaß

Das anspruchsvolle Klimazielen, mit dem sich Deutschland verpflichtet hatte, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu senken, wird wohl verfehlt werden. Erreicht haben wir im Jahr 2018 nach ersten Schätzungen der Bundesregierung 30,8 Prozent. Damit hat Deutschland im Vergleich zur Europäischen Union seine Emissionen überdurchschnittlich reduziert.

Um die Entwicklung in diese Richtung fortzusetzen, wollen wir zum Beispiel Kosten für die Gebäudesanierung steuerlich anrechenbar machen. Daneben entwickeln die einzelnen Ministerien innerhalb der Bundesregierung derzeit konkrete Maßnahmen, mit denen das Erreichen der europäisch vereinbarten Klimaziele 2030 sichergestellt wird. Das betrifft insbesondere den Verkehrs- und Baubereich. Das „Klimakabinett“ entwickelt derzeit hierzu zielführende Pläne.

Eine von der Bundesregierung eingesetzte Kommission hat zur

Erreichung von Klimazielen einen schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 empfohlen.

Wir als Politiker stehen nun vor der schwierigen Aufgabe, einerseits die so uns vorgegebenen anspruchsvollen Klimaziele zu erfüllen. Andererseits ist es aber ebenso unsere Aufgabe, andere wichtige Dinge in unserem Land im



Blick zu behalten. Zum Beispiel Arbeitsplätze, in Unternehmen sichern, die hierzulande so produzieren müssen, dass sie im internationalen Wettbewerb mithalten können. Wir müssen auf den sozialen Ausgleich achten, insbesondere auch darauf, dass individuelle motorisierte Mobilität oder der Kauf eines ordentlichen Stück Fleisches nicht zum Luxusgut für Wenige wird, d.h. wir müssen darauf achten, dass der Klimaschutz bezahlbar bleibt, gerade auch für Menschen mit kleinerem Geldbeutel.

Ausufernde Mieten und steigende Kosten für die Mobilität treffen zuerst diejenigen, die nur über

ein geringes Haushaltseinkommen verfügen. Der Unionsfraktion geht es also um einen umfassenden Ansatz, der alle Dimensionen von Nachhaltigkeit (ökologisch, sozial und ökonomisch) adressiert. Denn Deutschland hat sich neben einer anspruchsvollen Klimapolitik auch zum Erreichen der VN-Ziele einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet.

Eine ausgewogene Gesamtpolitik ist übrigens auch deshalb wichtig, weil wir nur so das Modell einer erfolgreichen Klimapolitik präsentieren können, das andere Staaten motiviert, eine ähnlich anspruchsvolle Klimapolitik zu etablieren. Denn eines ist auch klar: Nur wenn alle mitmachen, gelingt Klimaschutz auch global.

Die Unionsfraktion wird sich auch künftig national, europäisch und international für die dringend erforderlichen klimapolitischen Maßnahmen einsetzen. Es ist unsere Aufgabe zu zeigen, dass eine moderne Industrienation Klimaschutz gemeinsam mit den Menschen und nicht gegen sie umsetzen kann. Daran arbeiten wir weiter.

Fahrverbote sind keine sinnvolle Lösung

Die interdisziplinäre Arbeitsgruppe der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina hat mit ihrer Stellungnahme zu Stickstoffoxiden und Feinstaub in der Atemluft dazu beigetragen, die Debatte in Deutschland zu versachlichen. Das ist sehr zu begrüßen.

Die Qualität unserer Luft ist bei fast allen Schadstoffen, auch bei Stickoxid, deutlich besser geworden. Insbesondere die Emissionen im Verkehr konnten zwischen 1995 und 2017 enorm verringert werden: bei Schwefeldioxid um 98 Prozent, bei Feinstaub um 79 Prozent, bei Stickstoffoxiden um 56 Prozent.

Mit der Stellungnahme der Leopoldina sollte jetzt auch die Diskussion um die Höhe der NOx-Grenzwerte beendet sein. Die 40 µg/m³ Luft sind



europäisch festgelegt und sie gelten. Es geht jetzt darum, in den belasteten Städten Maßnahmen zur Stickoxidreduzierung schnell umzusetzen. Dafür stehen im Sofortprogramm „Saubere Luft“ der Bundesregierung Mittel in Höhe von 1,5 Milliarden Euro für die betroffenen Städte bereit.

Ernst nehmen müssen wir den Hinweis der Wissenschaftlicher auf die Feinstaubbelastungen. Hier werden wir uns die Empfehlungen zu den europäischen Grenzwerten sehr genau ansehen und innerhalb der Europäischen Union prüfen, ob Handlungsbedarf besteht.

Und wichtig ist auch die Empfehlung, den Blick über den Verkehrssektor und die Dieselproblematik hinaus auf weitere Emittentengruppen von Stickoxiden und Feinstaub wie Industrie, Landwirtschaft und

Heizungen zu richten.

Die Stellungnahme weist ausdrücklich darauf hin, dass die Stickstoffdioxidwerte in Deutschland runtergehen, so dass aus Sicht der Wissenschaftler voraussichtlich binnen fünf Jahren die geltenden Grenzwerte eingehalten werden können.

Deutlich wird dabei, dass Fahrverbote nicht der richtige Weg sind und zu keiner wesentlichen Entlastung führen. Erfolg versprechend sind vielmehr Software-Updates und die Hardware-Nachrüstung bei Bussen und Kommunalfahrzeugen. Da sind wir auf einem guten Weg. Die entsprechenden Fördermöglichkeiten haben wir mit dem Bundesverkehrsministerium bereits geschaffen, um die Kommunen zu unterstützen. So können wir die Mobilität der Menschen erhalten und die Luftqualität in deutschen Städten weiter verbessern.

Brexit Chaos aufgeschoben

Mit der erneuten Fristverlängerung für den Austritt der Briten aus der EU ist der Chaos-Brexit, der an diesem Freitag bevorgestanden hätte, vermieden worden. Damit ist einem zentralen Anliegen der EU Rechnung getragen.

Wir geben den Briten nun mehr Zeit, ihre innenpolitische Krise zu überwinden. Wir zwingen ihnen keine Entscheidung auf, die falsch wäre und beiden Seiten massive Nachteile brächte. Aber die Geduld der Europäer ist endlich. Wenn das britische Parlament das Austrittsab-

kommen nicht vor der Europawahl am 23. Mai ratifiziert, müssen die Briten an der Wahl teilnehmen. Andernfalls scheidet Großbritannien Ende Mai ungeregelt aus der Europäischen Union aus.

Durch die sogenannte flexible Verlängerung haben die Briten es außerdem in der Hand, die Europäische Union auch früher als Ende Oktober zu verlassen. Voraussetzung ist, dass sie dem Austrittsabkommen vorher zustimmen.

Für uns ist auch wichtig, dass die Europäische Union und die

britische Regierung in einer eigenen Vereinbarung bekräftigen: Das ausgehandelte Austrittsabkommen wird nicht mehr verändert. Lediglich die Politische Erklärung über die künftigen Beziehungen kann noch ergänzt werden.

Mit diesem Beschluss bewahrt die Europäische Union die nötige Ruhe angesichts der Blockade in London. Zugleich betont sie, dass sie rasch eine gute Lösung erwartet. Der Europäische Rat wird sich bei seiner nächsten Sitzung am 20./21. Juni wieder mit dem Brexit befassen.

Wahlrechtsreform schwierig

Leider wird der aktuelle von Bundestagspräsident Schäuble vorgelegte Reformvorschlag für ein neues Bundestagswahlrecht weder dem Ziel der berechenbaren Verkleinerung des Deutschen Bundestages noch der größeren Bürgernähe zwischen Abgeordneten und Wähler gerecht.



Ich halte es einerseits für dringend geboten, die Anzahl der Parlamentarier im nächsten Deutschen Bundestag wieder auf die Zahl von 598 oder weniger zurückzuführen.

Wenn man die Verbindung zwischen Abgeordneten und Volk stärken will und fördern will, dass diejenigen die Gesetze machen, die das Volk auch direkt gewählt hat,

dann muss man andererseits die Wahlkreise verkleinern, und nicht noch vergrößern. Korrespondierend sollte die Anzahl der über Listen einziehenden Parlamentarier absinken. Das würde unsere Demokratie deutlich stärken. Denn eine relativ größere Anzahl vom Volk mit Mehrheit gewählte Abgeordnete bedeutet auch eine größere Unabhängigkeit des Parlamentes von Berliner Parteizentralen.

Enteignung ist keine Lösung

Es ist Irrsinn zu glauben, dass Enteignungen auch nur ansatzweise eine Lösung für steigende Mieten oder fehlenden Wohnraum sein könnten. Damit wird keine einzige neue Wohnung geschaffen. Vielmehr werden Investoren für den Wohnungsbau verschreckt. Zu-



dem kosten Enteignungen Milliarden an Entschädigungszahlungen. Geld, das dann fehlt, um neue Wohnungen zu bauen.

Was zumindest Grüne und Linke in Berlin verfolgen, ist realitätsfremde Politik. Gegen steigende Mieten hilft bauen, bauen, bauen. Es muss mehr Bauland ausgewiesen und

Brachflächen reaktiviert werden. Zudem müssen wir intelligent nachverdichten, etwa durch Dachgeschossausbau. Auch die steuerliche Förderung für den Neubau von Mietwohnungen muss endlich vom Bundesrat verabschiedet werden! Nur durch mehr Wohnraum können wir für Entlastung auf dem Wohnungsmarkt sorgen.

ElterngeldPlus war richtige Entscheidung

Im Jahr 2018 haben 1,4 Millionen Mütter und 433 000 Väter Elterngeld bezogen. Das waren 4 % mehr Personen als im Jahr 2017. 30 % der berechtigten Mütter und 13 % der Väter wählen Elterngeld Plus. Zwar fällt das Elterngeld Plus in der Regel niedriger aus, wird dafür aber erheblich länger gezahlt (bis zu 36 Bezugsmonate für beide Elternteile zusammen).

Insbesondere Frauen nutzten das Elterngeld Plus. 30 % der Frauen und 13% der Männer entschieden sich für Elterngeld Plus.

Die Zahlen zeigen, dass wir 2015 mit der Einführung des ElterngeldPlus richtig lagen: Wir sind Eltern bei der Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe entgegengekommen. Wir wollten ihnen mehr Zeit und Flexibilität bei der Gestaltung ihres Familienlebens geben. Das ist uns gelungen. Wir sehen, dass sich immer mehr Paare nach der Geburt partnerschaftlich um ihre Kinder kümmern. Die Zahl der Väter, die Elterngeld beantragen, stieg um sieben Prozent. Und immer mehr Väter sind bereit, nicht nur für eine kurze Zeitspanne ihre Erwerbsarbeit zu unterbrechen

oder zu reduzieren: durchschnittlich knapp neun Monate lang haben sich Väter, die ElterngeldPlus bezogen haben, Zeit für ihre Familien genommen.

Auch Mütter profitieren vom ElterngeldPlus: Fast ein Drittel nimmt gerne die Möglichkeit in Anspruch, Familie und Erwerbsarbeit zu vereinbaren. Durch Elterngeld und Elterngeld Plus ermöglichen wir Zeit für Familie und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gut, dass so viele Familien in unserem Land davon profitieren.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

„Immer wieder berichten Medien davon, dass Hackerangriffe in großem Stil die digitale Privatsphäre von Bürgern verletzen. Aus meiner Sicht ist der bisherige Schutz über das Strafrecht unzulänglich. Ich halte es für dringend notwendig, wenn wir hier die Strafrahmen verschärfen und beispielsweise einen neuen Straftatbestand des digitalen Hausfriedensbruchs einführen.“

(Thorsten Frei, stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

Fairer Handel ohne Selbstzerstörung

Wir arbeiten intensiv an der weltweiten Durchsetzung der Menschen- und Arbeitsrechte und unterstützen Bestrebungen, Anliegen, in Produktions- und Handelswegen die Rechte der Arbeitnehmer, der lokalen Bevölkerung als auch die Umwelt zu schützen.

Deutsche Unternehmen verfügen heute – auch im internationalen Vergleich – über einen hohen Grad an unternehmerischer Verantwortung. Sie sind vorbildliche Botschafter für hohe Arbeits- und Umweltstandards und werden ihrer gesellschaftlichen Verantwortung – im Inland wie im Ausland – über die Maßen gerecht. Unsere Unternehmer erkennen immer mehr, dass aktives Handeln im Bereich der so genannten Corporate Responsibility (CR) Chancen und damit Wettbewerbsvorteile ermöglicht. Zur Dokumentation ihres Verhaltens veröffentlicht eine steigende Zahl von Unternehmen deshalb regelmäßig freiwillig CR-Berichte.

Die unionsgeführte Bundesregierung wird deutsche Unternehmen, insbesondere aber kleine und mittlere Unternehmen, weiter dabei unterstützen und stärken, ihre

gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen. Die Beachtung sozialer und ökologischer Mindeststandards ist uns ein wichtiges Anliegen, nicht zuletzt da viele deutsche Kunden Produkte kaufen möchten, die gemäß solcher Standards hergestellt werden. Wir bauen in diesem Zusammenhang darauf, dass die Unternehmen den Ansatz der freiwilligen Selbstverpflichtung nutzen und fordern sie auf, dies verstärkt zu tun. 2020 werden wir wie im Koalitionsvertrag vorgesehen prüfen, ob weitere Maßnahmen erforderlich sind.



Gesetzlichen Zwang und unnötigen Bürokratie- und Verwaltungsaufwand wollen wir vermeiden. Dies entspricht auch der Vorgehensweise auf internationaler Ebene: Internationale Leitlinien (OECD, UN etc.) beruhen regelmäßig auf freiwilliger Mitarbeit der Unternehmen. Bei der Erarbeitung internationaler Leitlinien und europäischer Richtlinien zur Unternehmensverantwortung müssen wir zudem den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Blick behalten, auf Ausnahmen für kleine und mittlere Unternehmen hinarbeiten und auf praktikable, bürokratieferne Lösungen achten. Gesetzliche Vorga-

ben, die allein für deutsche Unternehmen gelten, sind kontraproduktiv: Deutschen Unternehmen entstehen dadurch schwerwiegende Nachteile im internationalen Wettbewerb. Die Folge ist: Arbeitsplätze gehen verloren und / oder Unternehmen verschwinden ganz vom Markt. Tatsächlich entstünde dadurch sogar noch größerer Schaden. Denn ausländische Unternehmen mit in der Regel deutlich geringeren Sozial- und Umweltstandards würden die Marktposition der deutschen Unternehmen einnehmen. Damit wäre auch Niemandem geholfen.

Ein Beispiel für gelungenes Engagement für bessere Arbeits- und Umweltstandards ist das 2014 von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller initiierte Bündnis für Nachhaltige Textilien. Dieses Bündnis wirkt darauf hin, die soziale und ökologische Nachhaltigkeit entlang der gesamten Produktionskette von Textilien zu verbessern. Das Bündnis hat mittlerweile etwa 130 Mitglieder. Damit deckt das Textilbündnis etwa 50 Prozent des Umsatzes der deutschen Textilwirtschaft ab. Es zeigt, wie durch Zusammenarbeit und Freiwilligkeit Fortschritte im Bereich Corporate Responsibility erzielt werden können, ohne die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen zu gefährden. Diesen Weg wollen wir weiter beschreiten.